

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 153/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Emil S. [REDACTED] .
W. [REDACTED], S. [REDACTED] gasse [REDACTED] .

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter:

Rechtsanwalt und Notar
Dr. [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

Land R h e i n l a n d - P f a l z ,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
Mainz, Kaiser-Friedrich-Str. 1,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 24. September 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Henkel, Fuchs, Dr. Thamm und Portmann beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 10. Zivilsenats - Entschädigungs-senats - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 23. November 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

G r u n d e

Die Prüfung des Berufungsurteils hat keinen gesetzlichen Grund für die Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 BEG) ergeben.

Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat der Kläger, um Entschädigung zu erlangen, vorsätzlich falsche Angaben über seine Staatsangehörigkeit am 1. Januar 1953 gemacht und zu deren Nachweis einen gefälschten Auszug aus dem israelischen Einwohnermelderegister vorgelegt. Mit dem Entschluß, ihm deswegen die Entschädigungsansprüche für Gesundheitsschaden ganz zu versagen, hat die Entschädigungsbehörde die Grenzen des ihr durch § 7 Abs. 1 BEG eingeräumten Ermessens nicht über-

- 3 -

schritten. Die Gründe für die volle Versagung sind in der Berufungserwiderung dargelegt. Diese Ermessensabwägungen sind ausreichend; sie widersprechen nicht dem Zweck der Ermächtigung des § 7 Abs. 1 BEG und berücksichtigen Umstände, die danach erheblich sind.

Die Angriffe der Beschwerde rechtfertigen nicht die Zulassung der Revision.

Die Abwägung der im Einzelfall für den Umfang der Versagung erheblichen Umstände muß dem pflichtgemäßen Ermessen der Entschädigungsbehörde überlassen bleiben (BGH RZW 1958, 101; 1966, 555).

Der Einwand, dem Kläger sei die Beweisführung für sein Nichtverschulden abgeschnitten worden, richtet sich gegen das Verfahren im Berufungsrechtsgang. Er führt nicht zur Zulassung der Revision ; auf BGH RZW 1967, 281 Nr. 35 und 431 Nr. 42 wird hingewiesen.

Mai

Henkel



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)